
Die Substitute des Marktes

Rezension von: Manfred Tietzel (Hrsg.),
 Ökonomische Theorie der Rationierung,
 Verlag Vahlen, München 1998,
 346 Seiten.

In seiner Einleitung weist der Herausgeber darauf hin, daß immer, wenn die menschlichen Bedürfnisse die Mittel zu ihrer Befriedigung übersteigen, Mechanismen notwendig sind, um die knappen Ressourcen verhältnismäßig auf die Wirtschaftssubjekte zu verteilen. Bisher habe sich die Ökonomie nur auf einen dieser Mechanismen konzentriert: den Markt. Doch existieren noch andere, welche die Funktion der relativen Verteilung erfüllen können. Diese zu untersuchen, haben sich die Mitarbeiter dieses Buches zur Aufgabe gestellt.

Tietzel und Müller beschäftigen sich im ersten Beitrag mit dem – jedem Besucher der österreichischen Staatstheater wohlvertrauten – Phänomen der Warteschlangen – die freilich von breiten Kreisen mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem in Zusammenhang gebracht werden. Allerdings kennt solche eben auch die Marktwirtschaft, vor allem dann, wenn Angebot und Nachfrage stochastischen Schwankungen ausgesetzt sind und sofortige Mengen- oder Preisanpassungen wegen prohibitiv hoher Informations- oder Anpassungskosten nicht erfolgen; schließlich auch bei Fixierung eines Höchstpreises unter jenem des Gleichgewichts. Eine solche Festsetzung erfolgt meist aus verteilungspolitischen Gründen, weil angenommen wird, daß Zeit gleicher verteilt sei als Einkommen. Die Konsumenten konkurrieren daher durch Wartezeit.

Tatsächlich lassen sich durch Warteschlangen bei Fixierung eines Höchstpreises die gewünschten Effekte erzie-

len, freilich – wie die Autoren demonstrieren – um den Preis von Wohlfahrtsverlusten. Überdies begünstigte die Warteschlangenlösung oft die höheren Einkommensschichten – eben, wie im Fall der Theaterkarten. Umverteilungspolitik durch direkte Transfers wäre immer treffsicherer und billiger.

Der folgende Beitrag von Eger und Weise untersucht Gutscheine und Zertifikate. Erstere sind vor allem durch die Rationierungen während und nach den Weltkriegen bekannt geworden und werden dann eingesetzt, wenn "...die fühlbare absolute Begrenztheit der Ressourcen ..." zur Folge hätte, "... daß ohne Rationierung nicht alle Menschen in den Genuß von lebenswichtigen Gütern gelangen können." Der Gleichgewichtspreis schlosse breite Bevölkerungskreise davon aus.

Ein weiterer Schwerpunkt von Rationierungen liegt in der Intention mancher Regierungen, die Nachfrage nach einem bestimmten Gut zu restringieren, wie etwa Alkohol. Darüber hinaus führen die Autoren noch eine Reihe von Beispielen oder zumindest Konzepten an, in welchen eine Reallokation der Güter mittels Rationierung angestrebt wurde. Sie reichen von Gutscheinen für Beschäftigung oder Qualifikation über Bildung, Privatisierung und Babies bis zu Emissionszertifikaten. Ausführlich wird auf die Problematik aller dieser Ansätze eingegangen.

Einem besonders interessanten Problem widmet sich Theurl, indem sie den Zufallsmechanismus als Zuteilungsinstrument untersucht. Ein bekanntes Beispiel dafür bietet die jährliche Verlosung von 55.000 *green cards* in den USA. Die Autorin analysiert freilich nicht den Zufall schlechthin, sondern nur insoweit, "... als er bewußt als Instrument zur Lösung eines Knappheitsproblems gewählt wird." Dies geschieht beispielsweise durch Zuteilung von Rechtstiteln für konsumtive Nutzung (Jagdrecht), Gewinnerzielung (Schürfrechte), lebensret-

tende Behandlung (Transplantationen) oder Verpflichtungen (Militärdienst). Abgesehen davon, daß die gleichen Chancen der Bewerber durch eine Präselektion eingeschränkt werden – wer darf an der Auswahl teilnehmen –, erweist sich der Zufallsprozeß gleichfalls dem Markt gegenüber als weniger effizient, da auf diese Weise nicht der geeignetste Bewerber das angestrebte Recht erhält. Allerdings zeigt er sich vorteilhafter als die bürokratische Zuteilung, da er geringere Kosten verursacht, gegenüber *rent-seeking* unempfindlich ist und vielfach als gerecht empfunden wird.

Göke und Hartwig beschäftigen sich mit Schwarzmärkten, welche deshalb in den Kontext des Buches eingegliedert werden, weil die Autoren darin ein Ausweichen gegenüber staatlicher Rationierung, Verboten oder bestimmten Transaktionsvorschriften sehen. Sie verstehen darunter alle Transaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten " ... die nicht in der VGR erfaßt werden ...", was so nicht stimmt, da nach den EU-Vorschriften der Umfang der Schattenwirtschaft zu schätzen ist. Die Autoren meinen wohl, daß eine solche Wertschöpfung nicht in der offiziellen Statistik enthalten ist.

Die Erträge in diesem Sektor liegen auf der Hand. Allerdings ist auch mit beträchtlichen Kosten zu rechnen, da einmal die Möglichkeit besteht, entdeckt und bestraft zu werden. Darüber hinaus fehlt weitgehend die Rechtssicherheit, womit sich auch die Gefahr von opportunistischem Verhalten erhöht. Die Kosten der Informationsbeschaffung werden wohl zu gravierend eingeschätzt. Sie dürften nur wenig höher liegen als auf dem legalen Markt. Die Autoren bringen zahlreiche Beispiele für Schwarzmärkte, auch im Sozialismus, behandeln jedoch nicht jene sehr umfangreichen während der Weltkriege.

Der Aufsatz von Wolfstetter informiert über die Bedeutung von Auktionen als Allokationsmechanismus sowie über die Vor- und Nachteile der gängigen Auktionsysteme.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Studie von Müller und Tietzel über die Allokation in der Allmende, welcher auch in der laufenden Diskussion über die Unzulänglichkeiten des neoklassischen Ansatzes eine Rolle spielt. Das Charakteristikum der gemeinsamen Weidefläche eines Dorfes liegt darin, daß durch deren Nutzung Rivalität wie bei einem privaten Gut entsteht, jedoch ein Ausschluß eines Nutzungsberechtigten – entsprechend einem öffentlichen Gut – nicht möglich ist. Versucht jeder Nutzungsberechtigte, seinen individuellen Ertrag zu maximieren, so liegt der gesamte unter jenem eines einzigen Nutzers.

Beträfe diese Problematik nur eine mittelalterliche agrarische Einrichtung, müßte man daran keinen Gedanken verschwenden, doch erweist sich diese Problematik als durchaus aktuell: Sie reicht von den Autobahnen bis zu den Universitäten.

Eine Lösung des Problems ist nur durch die Schaffung von Regeln denkbar, welche die individuelle Nutzung reduzieren. Freilich setzt eine solche Regelung voraus, daß sich alle Nutzungsberechtigten daran halten, was nur durch Selbstbindung der Nutzungsberechtigten zustande kommt. Und das gilt vor allem für die Selbstregulierung. Diese kann schon durch Kommunikation entstehen oder durch Abwägung der Kosten und des Nutzens von Kontrollen sowie Sanktionen. Sie läßt sich aber auch dadurch realisieren, daß sich die Individuen durch internalisierte Verhaltensnormen veranlaßt sehen, gemeinschaftsschädliches Verhalten zu unterlassen.

Kruse und Berger behandeln Probleme des *Priority Pricing*, also der Preissetzung für das Recht des Käufers, vorrangig behandelt zu werden, falls Angebotsengpässe auftreten. Lorenz erörtert die Frage der Diskriminierung, welche nicht nur insofern ein dorniges Problem darstellt, weil sie nicht ohne weiteres erfaßt werden kann, sondern auch, weil

sie im neoklassischen Modell auf die Dauer gar nicht existieren könnte. Der Wettbewerb müsste allfällige Benachteiligungen korrigieren. Doch könnte es auch sein, "... daß der individualistisch geprägte ökonomische Ansatz einfach nicht in der Lage ist, das kollektive Phänomen der Diskriminierung adäquat zu erfassen."

Kliemt beschäftigt sich mit unveräußerlichen Gütern, genauer gesagt Rechten; ein sowohl der demokratischen Rechtsordnung wie dem Marktssystem eigentlich fremder Begriff. Dennoch existieren in einzelnen Fällen Veräußerungsverbote, oder es wird bestimmten Rechtsakten kein Schutz der Rechtsordnung zuteil. Letzteres gilt beispielsweise für Spielschulden, ersteres für Sozialrechte.

Im abschließenden Artikel stellt Prischung die Probleme der Substitute des Marktes in einen breiteren sozioökonomischen Rahmen. Er prüft die Frage, warum Wirtschaftssubjekte trotz der Verteilungseffizienz des Marktmechanismus manchmal Rationierung vorziehen. Er geht in seiner Analyse davon aus, daß die neoklassischen Verhaltensannahmen nicht zutreffen. "Die Menschen werden von vielen verschiedenen, zuweilen inkonsistenten Motiven bewegt, und auch normativ-affektive Faktoren spielen für ihre Entscheidungen eine Rolle". Sie sind unsicher über die eigenen Präferenzen sowie unzulänglich informiert. Das menschliche Handeln wird daher nicht nur durch die Kategorie des Nutzens determiniert, sondern auch durch Werte und Moral. Die Beispiele dafür sind zahllos: Sie reichen vom Verhalten in der Familie über Blutspenden bis zum Trinkgeld.

Die Entscheidungsmöglichkeiten der Individuen werden durch tradierte und erlernte Modelle der Wirklichkeit wesentlich erleichtert. Diese sind nicht invariant, aber im wesentlichen stabil. In einem sozialen System werden die Handlungen durch Koordinationsmechanis-

men aufeinander abgestimmt. Einen davon repräsentiert der Markt, welcher die Verhaltenskoordination durch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage bewirkt. Einen anderen bietet die Hierarchie, also eine Verhaltensabstimmung durch Befehl. Daneben existieren Tradition, Moral, Vertrauen, Verhandlungen usw. Die – vom Autor nicht angesprochene – Neue Institutionenökonomie faßt alle diese sozialen Koordinationsinstrumente unter dem Begriff "Institutionen" zusammen – "... institutions are the rules of the game of a society and consist of formal and informal constraints constructed to order interpersonal relationships."¹

Der Markt ist also nur einer unter mehreren Koordinationsmechanismen, dem freilich im ökonomischen Bereich eine zentrale Rolle zukommt. Alternativen dazu werden aber nicht nur im Falle des Marktversagens gewählt, sondern einfach, weil man sie als angemessen betrachtet. Unter speziellen Gegebenheiten, die oftmals unter den Gesichtspunkten der Moral oder der Egalität bewertet werden, treten daher Rationierung, Veräußerungsverbote oder Schenkungen als Koordinationsinstrumente auf. Und zwar nicht nur dann, wenn die Anpassungskosten zu hoch wären, sondern einfach deshalb, weil die Ausnutzung einer kurzfristigen Güterverknappung, als "unfair" betrachtet würde.

Abschließend weist Prischung darauf hin, daß die Analyse der Verhaltensdetermination weit über den ökonomischen Bereich hinausführe. Das gilt jedoch nur für die Neoklassik. In den letzten Jahren werden große Anstrengungen unternommen, um eine gemeinsame verhaltenstheoretische Basis für alle Sozialwissenschaften auszuarbeiten. Dabei kommt der Neuen Institutionenökonomie zwar eine zentrale Rolle zu, wichtig sind jedoch sämtliche Forschungsarbeiten, die zur Erhellung dieser Problematik beitragen, wie

auch dieses sehr interessante Sammelwerk.

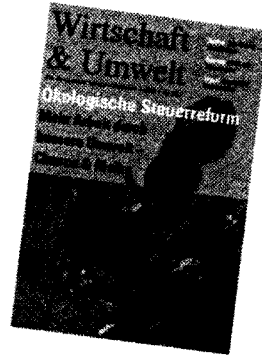
Anmerkung

¹Denzau, A. T.; North, D. C., Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: *Kyklos*, 1 (1994) 4.

Felix Butschek

Wirtschaft & Umwelt

Die Zeitschrift
für Umweltpolitik.
Wir schreiben, was
Menschen & Umwelt
bewegt. In der Politik.
Im Betrieb. Im Leben.
Alle drei Monate neu.
Ein Jahr *Wirtschaft &
Umwelt* kostet S 100,-.
Für AK-Mitglieder
ist die Zeitschrift
kostenlos. Rufen Sie
an. Bestellen Sie
Ihr Gratis-Probeheft.



AK

01/501 65-2424